

Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Liane Fülling zur
Haushaltsverabschiedung am 02.03.2015

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Landrat Adenauer, Damen und Herren der Verwaltung, Gäste, Medienvertreter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrter Herr Dr. Sökeland, senden Sie doch nicht immer nur diese bösen
Signale nach Düsseldorf. Wir haben mit dieser Stadt doch Gemeinsamkeiten: Mit
Weltoffenheit und rheinischer Bodenständigkeit erfindet sich Düsseldorf immer
wieder neu. Der Kreis Gütersloh bezeichnet sich als weltgewandt und die
westfälische Bodenständigkeit zeichnet ihn aus- gleichwohl wollen auch wir keinen
Stillstand. In Düsseldorf heißt es: Der Mix aus frischen Ideen und gelebten
Traditionen treibt den Puls der Stadt. So einen Mix wünschen wir uns auch für den
Kreis Gütersloh. Dafür, dass dieser Mix gelingt und damit für den Pulsschlag des
Kreises Gütersloh sind wir - verehrte Kolleginnen und Kollegen - seit dem 23. Mai
verantwortlich. Die politischen Karten für die kommenden Jahre sind gelegt. Es gab
und gibt noch neue Allianzen. Hier hat die Prüfung durch den Landrat die
Fraktionsbildung bestätigt und weitere Recherchen gaben bislang keinen Ansatz für
eine erfolgversprechende Klage. Vor einem Jahr waren die Mitglieder der damaligen
FDP-Fraktion noch irritiert, dass sich mit einem Mal die CDU hier im Hause als die
Partei der Freiheit verstand. Da galt es dann nach der Wahl und dem herben Verlust
des Fraktionsstatus, in der neuen Allianz doch noch etwas FDP zu retten. "Liberale
Fraktion" - Der Kreisvorsitzende der FDP angesprochen auf diese Allianz, spricht
immer noch vom Verrat der liberalen Werte. Nun denn liberal, liberal eigentlich
auch egal.

Wir machen Politik für die Menschen im Kreis Gütersloh und wir nehmen für uns in
Anspruch, dies zum Wohle der Menschen im Kreis Gütersloh zu tun. Diejenigen, die
schon länger dabei sind wissen es und die anderen werden es merken: Politik für den
Kreis Gütersloh ist nicht für Sprinter, hier sind die Ausdauer Sportler gefragt.

Auch auf der heutigen Tagesordnung gibt es dafür Belege:

die gerade beschlossenen Vorlagen: 4014 inklusives Gemeinwesen im Kreis Gütersloh

im Juli 2011 wurde der Beschluss gefasst, die Erstellung eines Aktionsplans "inklusives Gemeinwesen" aktiv zu begleiten. Leitgedanke war und ist, dass Menschen gemeinsam in allen Lebenslagen selbstbestimmt leben. Eine Aufgabe, die nicht nach 100 Metern beendet ist - Die Handlungsfelder aus der gerade verabschiedeten Vorlage unterstreichen dies.

und die Vorlage 3964 Verabschiedung des Arbeitsmarktprogramms

seit dem 1.1. 2012 sind wir Optionskommune. Mit dem Anspruch wir -als Kreis- können für die Betroffenen, die Bürgerinnen und Bürger, die Schwierigkeiten haben einer beruflichen Beschäftigung nachzugehen, besser helfen. Wir sind nahe dran. Fraktionsübergreifend haben wir uns in diesem Jahr auf den Weg gemacht, herauszufinden, wie wirksam sind die vom Job Center nach Maßgabe unseres Arbeitsmarktprogramms eingeführten und durchgeführten Maßnahmen. Sind wir besser als andere? Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, in der aktuellen Diskussion sind die steigenden Flüchtlingszahlen eine große Herausforderung. Welche Perspektiven bieten wir im Kreis Gütersloh? Auch hier sehen wir als SPD-Fraktion das Job Center in der Verpflichtung. Leider war eine Aufnahme in den Modellversuch „Early Intervention - jeder Mensch hat Potential“ nicht möglich. Wir wünschen uns baldigen Kontakt zur teilnehmenden Agentur für Arbeit, um so von den Erkenntnissen des Projektes profitieren zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen waren auch in diesem Jahr ohne

nennenswerte Kontroversen oder gar Streit; sie waren ausgesprochen konstruktiv - auch in Bezug auf den noch zu verabschiedenden Antrag für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Unterstützung von Flüchtlingen. An dieser Stelle das vom Land NRW installierte Kommunale Integrationszentrum einzubinden, macht Sinn. Aus den Städten und Gemeinden wurde eine Bitte an uns herangetragen: Konkrete Unterstützung da, wo sinnvoll und kein unnötiger bürokratischer Aufwand. Die Konzentration auf frühe Sprachvermittlung ist hier der richtige Ansatz.

Die SPD-Fraktion hält den gesetzten finanziellen Rahmen des Haushalts für sachgerecht und wir werden bei unserem positiven Votum bei der Beschlussfassung zum Haushalt und zur Haushaltssatzung bleiben.

Der finanzielle Rahmen des Haushalts ist das eine, wie der Haushalt auch im Zusammenspiel mit den Kommunen des Kreises gelebt wird, das andere. So sehen wir ihre Rolle, ihr Agieren Herr Landrat, in der kommunalen Zusammenarbeit kritisch.

Da wurde auf ihr Betreiben hin im letzten Jahr gegen die Errichtung einer Gesamtschule in Halle geklagt. Es war absehbar, dass das Verwaltungsgericht Minden den Einlassungen der hier im Kreistag mit Mehrheit beschlossenen Klage nicht folgen würde. Das mussten Sie akzeptieren. Zum Glück für die Schulentwicklung im Altkreis hatten sie ein Einsehen und kein weiteres Gerichtsverfahren empfohlen. Die Gesamtschule in Halle ergänzt ab dem Schuljahr 2015/2016 die Schullandschaft im nördlichen Teil des Kreises Gütersloh - wie sich Eltern es wünschen. Die Anmeldeverfahren sind gerade abgeschlossen und wir reiben uns die Augen: Es gibt weiterhin Eltern aus der Stadt Halle, die sich als Bürgerinnen und Bürger des Kreises Gütersloh verstehen und für ihr Kind entschieden haben, das Angebot der "Kreis" Gesamtschule Werther/Borgholzhausen ist das richtige für mein Kind.

Im letzten Jahr haben Sie die Haller noch mit der Klage vergrätzt, weil die PAB Gesamtschule durch die Errichtung in Halle existentiell bedroht sei, in diesem Jahr lassen Sie die Haller Kinder vor der Tür stehen. Ist das sachgerecht und durchdacht?

Alle Vermolder werden aufgenommen, Bielefelder und Haller Kinder werden verwiesen. Durch diese veränderte Aufnahmepraxis machen wir zu viele Schüler zu Fahrschülern, eine wohnortnahe Beschulung sieht anders aus. Wir können den Unmut der Borgholzhausener Eltern verstehen und gut nachvollziehen. Wir sind gespannt auf die Verwaltungsvorschläge im kommenden Schulausschuss und erwarten eine zügige Nacharbeit.

Der Auftrag für die Schulentwicklungsplanung der Förderschulen im Kreis Gebiet ist erteilt und erste Termine stehen. Natürlich hätten wir uns alle gefreut, wenn dies eher gelungen wäre. Sie, Herr Landrat werden ja auch nicht müde zu betonen - an Ihnen und dem Kreis hätte es nicht gelegen. Fest steht allerdings, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister konnten nicht zeitnah in Ihr Konzept eingebunden werden. Und ganz sicher ist, mit Schuldzuweisungen fördern Sie nicht die Gesprächsatmosphäre. Als Kreis Gütersloh sind wir angewiesen auf eine konstruktive und ehrliche Zusammenarbeit. Die von Ihnen bei der Haushaltseinbringung benannte Zukunft des Jugendamtes ist ein Beispiel. Auch an dieser Stelle finden wir Ihre Einlassungen gegenüber der Stadt Halle als wenig hilfreich. In Halle einen möglichen Dominoeffekt auszumachen ist schlicht falsch. Die Entwicklung ist im südlichen Teil des Kreises, in Verl – deren Bürgermeister uns jetzt mit untauglichen Haushaltshinweisen „beglückt“ - gestartet worden. Soviel muss deutlich bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sind Sie denn zur heutigen Sitzung ins Kreishaus gekommen? Vermutlich zu 99 % mit dem eigenen PKW und 1 % nutzte eine Mitfahrgelegenheit. Dieses zeigt: Wir haben ein gut ausgebautes Straßennetz im Kreis Gütersloh. Es zeigt aber auch, wir haben erhebliche Defizite im Ausbau und Angebot des ÖPNV u. SPNV, d.h. bei Bus, Bahn und Nahmobilität, d.h. hier beim Fahrradverkehr. Die Problematik ist nicht neu, eingangs habe ich nicht ohne Grund auf die geforderten Ausdauerqualitäten in der Kreispolitik hingewiesen.

Für die Streckenreaktivierung der TWE im ersten Schritt von Verl-Gütersloh-Harsewinkel haben sich schon 2010 die damaligen Kreistagsmitglieder fraktionsübergreifend stark gemacht. Als SPD haben wir im vergangenen Jahr die

Gütersloher Erklärung initiiert, um ein deutliches Signal in Richtung NWL abzusetzen. Einig waren sich die Unterzeichner aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung in der Bedeutung dieses wichtigen Bausteins der Infrastrukturpolitik des Kreises Gütersloh und der Städte Verl, Gütersloh und Harsewinkel und darin, dass die Zeit des Stillstandes vorbei sein muss. Den Pulsschlag im NWL erhöhen unsere Vertreter Bernhard Altehülshorst, Birgit Niemann-Hollatz und Elvan Korkmaz. Diese drei sprechen im NWL mit einer Stimme - nur so kann und wird es gelingen: die Realisierung der Reaktivierung vor Ende des Jahrzehnts!

Zum Bereich ÖPNV haben wir als SPD-Fraktion in der laufenden Periode - wie Sie es von uns kennen - eine Reihe von Anfragen und Anträgen gestellt. Keine Angst - ich wiederhole nicht die Diskussionen aus dem Ausschuss. Sie gestatten mir aber, unserer Freude Ausdruck zu geben, dass der Antrag auf Einführung eines Schülertickets aus dem letzten Jahr nun auf der Zielgeraden ist.

Gerade aus den Startlöchern gekommen, sind wir in dem Zukunftsfeld Radmobilität. Hier gilt es den Radverkehr als gleichberechtigtes Verkehrsmittel zu entwickeln und nachhaltig zu fördern. Aufbauend auf das vorhandene Freizeitnetz soll ein Radverkehrshauptnetz entwickelt werden, das insbesondere Alltagsradlerinnen und -radler berücksichtigt. E-Bikes und Pedelecs sind auf einem rasanten Vormarsch. Unsere Radwegeverbindungen müssen daher im Aus-, Um- und Neubau für die veränderten Geschwindigkeiten von 20 -25 km/h ausgelegt werden.

Radverkehrsverbindungen müssen in diesem Konzept sicher, leicht erkennbar und einprägsam sein. Lassen Sie uns gemeinsam in die Pedale treten: für die Förderung der Radmobilität, neue Radschnellwege und als Ergebnis nach einiger Zeit dann für die Auszeichnung des Kreises als fahrradfreundliche Kommune.

Alaaf und Helau sind Ihnen Herr Landrat bekanntlich nicht fremd und mit der folgenden Nummer hätten Sie es auch auf Platz 1 jeder Büttendre geschafft. Was ist passiert? Vitaly kam als Kind einer Spätaussiedler Familie 2002 im Alter von zwei Jahren nach Deutschland. Lebt in Halle Westf. und hat seit 2009 einen deutschen

Reisepass und seit 2012 einen deutschen Personalausweis. Echte Papiere! Man sollte meinen auf so ein amtliches Dokument kann man vertrauen - alles ist gut - Vitaly ist Deutscher. Nein es ist nicht alles gut, nein es gibt keinen Vertrauensschutz - nach 10 Jahren sagt der Landrat: nein - Vitaly, du hast die russische Staatsbürgerschaft. Wir haben vor ein paar Jahren einen Fehler gemacht, aber mach dir keinen Kopf deine abgelaufenen russischen Ausweispapiere verlängern wir. Wir tun so als sei es wieder 2005 und lassen die Verwaltungsmaschinerie anlaufen. Entweder Vitaly du läufst mit - oder bleibst russischer Staatsbürger. Herr Landrat nutzen Sie bitte gleich die Gelegenheit zur Korrektur dieses bürokratischen Irrsinns. Sie haben mal gesagt, Sie seien Chef einer Ermöglichungsbehörde. Hier ist die Gelegenheit für den Beweis! Lassen Sie uns noch einen weiteren Fall aus der Ausländerbehörde betrachten:

Roman Bulatow

Als 10 jähriger mit seinen Eltern nach Deutschland eingereist macht der junge Mann nach menschlichem Ermessen alles richtig. Alles das, was von der Gesellschaft an Integrationsleistung von den Betroffenen eingefordert wird, hat er gemacht. Er ist fleißig, hat eine super Schullaufbahn, schließt diese mit einem Einser Abitur ab. Roman Bulatow hat so nach unserer Einschätzung die besten Voraussetzungen seinen Lebensweg erfolgreich in unserer Gesellschaft zu gehen. Er könnte ein Musterbeispiel gelungener Integrationsleistung sein: klug, engagiert und gute berufliche Perspektive (Genau die Person, die unsere Wirtschaft - auch die im Kreis - immer wieder wünscht)

Allein, wir erleben diese Integrationsbereitschaft als einseitig auf seiner Seite. Roman will und könnte sein Leben in die Hand nehmen und wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, doch Ihre Ausländerbehörde Herr Landrat sagt NEIN: du Roman sag mal erst woher deine Eltern stammen, wer ihr wirklich seid. Du warst damals 10 und musst das wissen. Wenn nicht, bleibt dir nur die Duldung und damit die laufende Alimentierung - soziale Hilfe bis zum Lebensende?

Liebe Kolleginnen und Kollegen verstehen Sie das? Es wird dringend Zeit für einen Paradigmenwechsel, für mehr Ermöglichung. Diesen Wechsel hat der Bundesrat offiziell in der letzten Sitzung eingeleitet. Er empfiehlt dem Bundestag die Änderung

des § 33 Beschäftigungsordnung: Es soll ein Abs. 3 angefügt werden "(3) Absatz 1 gilt nicht für jugendliche oder heranwachsende geduldete Ausländerinnen und Ausländer." Diese Änderung würde auch Roman Bulatow wieder eine Perspektive geben. Nun ist der Gesetzgeber in Berlin gefragt - Herr Landrat werden Sie aktiv- Zeigen Sie Engagement und nutzen Sie alle Gelegenheiten die heimischen Abgeordneten zur Zustimmung zu motivieren. Gerne unterstützen wir auch eine von Ihnen eingebrachte Resolution in Richtung Berlin. Die SPD-Fraktion ist auf diesem Weg an Ihrer Seite. Mein Vorschlag: Als deutliches Zeichen für eine andere Praxis in der Verwaltung tauschen Sie die Schilder und nennen die Ausländerbehörde um: Behörde für Migration und Integration passt doch viel besser.

Vielen Dank!